

Jb. Oö. Mus.-Ver.	Bd. 136	Linz 1991
-------------------	---------	-----------

DER AUFSTAND VON GOISERN AM 13. SEPTEMBER 1921 EIN FRÜHES BEISPIEL VON UMWELTPROTEST AUS DEM SALZKAMMERGUT

Von Siegfried Haider

Der gebirgige Süden unseres Bundeslandes ist zuerst als landschaftlich und herrschaftlich geschlossener Bezirk des landesfürstlichen Kammergutes, seit dem 13. Jahrhundert überdies auch als landrechtliche Einheit »Ischlland« in Erscheinung getreten. Seit 1656 ist der Name »Salzkammergut« üblich. Dieser Landesteil kann mit einer gewissen Berechtigung als altes Industriegebiet bezeichnet werden. Die wichtige und einträgliche Salzgewinnung, für die riesige Holzmengen und eine intensive Waldbewirtschaftung erforderlich waren, hat von Anfang an Verfassung, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft dieser von wenigen Tal- und Beckenlandschaften durchzogenen Gebirgsgegend geprägt. Da sie Kaiser Maximilian I. (1493 — 1519) der niederösterreichischen Hofkammer in Wien unmittelbar unterstellte, konnte sie bis in das 18. Jahrhundert eine verwaltungsmäßige Eigenständigkeit gegenüber dem Lande ob der Enns bewahren¹. Zurecht sind ihre Bewohner heute noch auf ihre Eigenart und auf ihre Bräuche stolz.

Im 19. Jahrhundert hatte die hauptsächlich vom Salzwesen abhängige Bevölkerung unter zahlreichen wirtschaftlichen Krisen zu leiden²; von der zunehmenden Industrialisierung wurde die Region wegen ihrer geographischen Lage und ihren schwierigen Verkehrsverhältnissen kaum erfaßt³. Neben den staatlichen Salinen in Hallstatt, Bad Ischl und Ebensee ist als bedeutendste Industrie-Ansiedlung die 1885 am Südenende des Traunsees in Ebensee errichtete Ammoniak-Soda-Fabrik zu erwähnen, in der das Solvay-Verfahren Anwendung fand⁴. Während des Ersten Weltkrieges gründete

- 1 Siegfried Haider, *Geschichte Oberösterreichs* (Geschichte der österreichischen Bundesländer, hg. v. Johann Rainer, Wien 1987) bes. 92f., Carl Schraml, *Das oberösterreichische Salinenwesen von 1818 bis zum Ende des Salzamtes im Jahre 1850* (Studien zur Geschichte des österreichischen Salinenwesens 3, Wien 1936) 564ff.
- 2 Schraml, *Salinenwesen* bes. 433ff.
- 3 Vgl. dazu Gustav Otruba — Rudolf Kropf, *Die Entwicklung von Bergbau und Industrie in Oberösterreich 1*, in: *OÖ. Heimatblätter* 23 (1969) 3ff., 2 ebenda 25 (1971) 50ff. und Rudolf Kropf, *Die Entwicklung von Bergbau und Industrie in Oberösterreich 3*, in: *OÖ. Heimatblätter* 27 (1973) 170ff., jeweils mit Übersichtskarten.
- 4 Erich Maria Meixner, *Wirtschaftsgeschichte des Landes Oberösterreich 2: Männer, Mächte, Betriebe von 1848 bis zur Gegenwart* (Salzburg—Linz 1952) 154f., Rudolf Kropf, *Oberösterreichs Industrie (1873—1938). Ökonomisch-strukturelle Aspekte einer regionalen Industrieentwicklung* (Linzer Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 3, Linz 1981) 206ff. u. 348ff.

die Stern & Hafferl Aktiengesellschaft 1916/17 in Steeg am Hallstättersee (Gemeinde Bad Goisern) mit einer Aluminium-, Tonerde- und Elektrodenfabrik eine wichtige Produktionsstätte der chemischen und der Metallindustrie⁵. Für die Wahl des Standortes am Nordufer des Sees war das bereits 1909/10 von derselben Firma erbaute Elektrizitätswerk ausschlaggebend⁶.

In der unmittelbaren Nachbarschaft des nahe dem Traunfluß gelegenen Aluminiumwerkes sollte am selben Ort in der für das junge Bundesland Oberösterreich wirtschaftlich äußerst schwierigen Zeit nach dem Ersten Weltkrieg mit hohen Inflationsraten — 1922 erwirkte bekanntlich Bundeskanzler Ignaz Seipel in Genf die Völkerbund-Anleihe zur Sanierung der österreichischen Währung⁷ — eine zweite größere Fabrikanlage errichtet werden. Im Sommer des Jahres 1921 plante die 1920 gegründete Linzer Permanganatfabrik GmbH den Bau einer Alkali-Elektrolyse, die verschiedentlich auch als Alkali-Chlorfabrik oder als Chlor- und Ätznatronfabrik bezeichnet wurde. Steeg empfahl sich deshalb als besonders günstiger Standort, weil die geplante Fabrik aus der vorbeiführenden Soleleitung den Grundstoff entnehmen, vom dortigen Kraftwerk der Firma Stern & Hafferl den benötigten Strom beziehen und das Eigenprodukt Ätznatron an das benachbarte Aluminiumwerk liefern hätte können⁸. Der Bauherr, die Linzer Permanganatfabrik, die 1921 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, erzeugte Kaliumpermanganat, einen Grundstoff der technischen und analytischen Chemie (Desinfektions- und Bleichmittel, zum Beizen, für galvanische Elemente, als Mundwasser etc.), Kristallsoda, flüssiges Chlor, Ätzkali und Kaliumchlorat, einen leicht entzündbaren Ausgangsstoff der Sprengstoff- und Zündholzindustrie⁹. Mit der Planung der in Steeg vorgesehenen neuen Erzeugungsstätte beauftragte sie den bekannten, Jugendstil und Neue Sachlichkeit vertretenden Linzer Architekten Julius Schulte (1881 bis 1928), der ein großzügiges Projekt einer weiträumigen und langge-

5 Meixner, Wirtschaftsgeschichte 291, Kropf, Industrie 272.

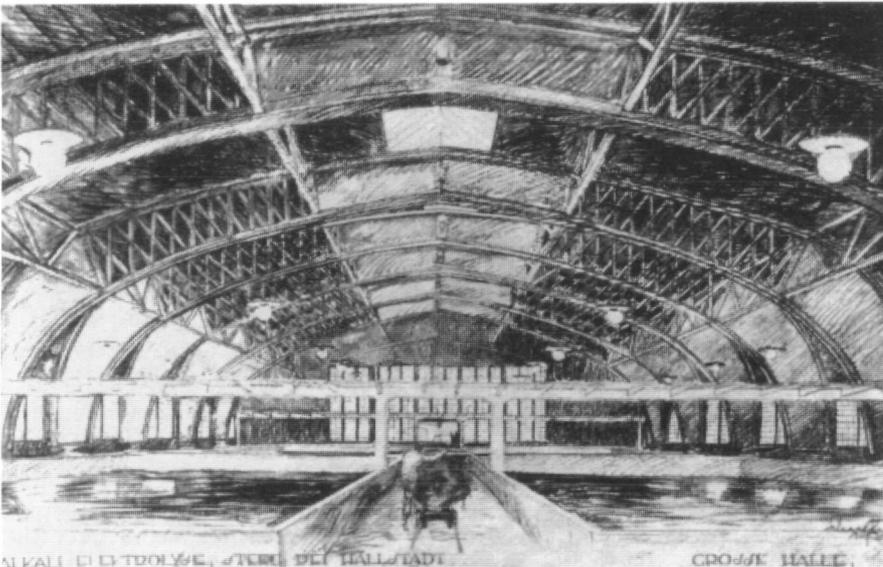
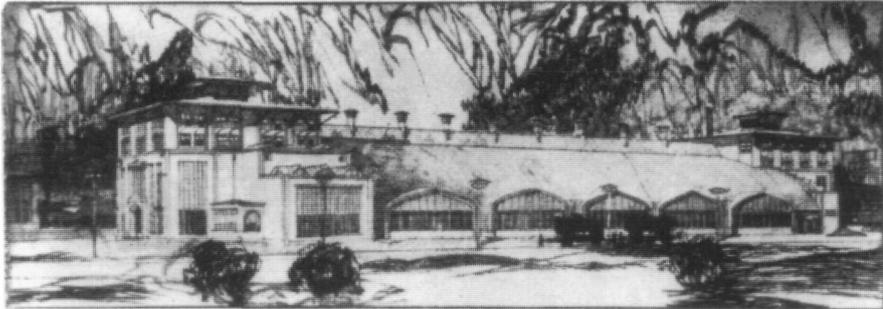
6 Daten zur Ortsgeschichte von Goisern, hg. v. Verein »Heimathaus« in Goisern (Goisern 1949) 11, Franz Laimer, Ortsgeschichte von Goisern 2 (maschinenschriftl. Ms., Goisern 1953, in der Bibliothek des OÖ. Landesarchivs) 204 u. ders., Die alten Fluren von Goisern, dann Örtlichkeiten, besonderen Baulichkeiten, Gewässer, Höhenzüge, Fundstätten, mit Erklärungen und Beschreibungen (maschinenschriftl. Ms., Goisern 1957/58, in der Bibliothek des OÖ. Landesarchivs) 100 (mit Kartenbeilagen).

7 Harry Slapnicka, Oberösterreich — Von der Monarchie zur Republik (1918—1927) (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 1, Linz 1975²) 137ff. u. 142ff., Haider, Geschichte 398ff.

8 Salzkammergut-Zeitung Jg. 1921 Nr. 38 vom 18. September 1921, S. 5.

9 Helmut Lackner — Gerhard A. Stadler, Fabriken in der Stadt. Eine Industriegeschichte der Stadt Linz (Linzer Forschungen 2, Linz 1990) 415 u. 657f., Kropf, Industrie 349f., Meixner, Wirtschaftsgeschichte 304.

streckten Fabrikationshalle mit einer interessanten Holz-Tragkonstruktion entwarf (siehe die beiden Abbildungen)¹⁰.



Außen- und Innenansicht der geplanten Fabrikshalle.

Fotos: B. Ecker

10 Lackner — Stadler, Fabriken 414, die den Entwurf in das Jahr 1922 datieren; in dem Werk: Julius Schulte und seine Schüler, gesammelt u. hg. v. Hans Arndt u. Paul Theer (Linz 1933) finden sich im Verzeichnis der Entwürfe und Bauwerke in chronologischer Reihenfolge die »Alkalianlage in Steeg bei Hallstatt, Oberösterreich, Entwurf 1921—22; nicht ausgeführt« (S. XIV) und eine »Alkalielektrolyse in Marchtrenk, Oberösterreich, 1920, Entwurf, nicht ausgeführt« (S. XIII); die beiden hier etwas vergrößert wiedergegebenen Abbildungen sind S. 38 dieses Werkes entnommen. Über Julius Schulte jetzt auch Georg Wacha, Julius Schulte (1881—1928). Ein großer Architekt der Zwischenkriegszeit (Oberösterreich — Lebensbilder zur Geschichte Oberösterreichs 7, Linz 1991) 51 ff.

Die Linzer Permanganatfabrik hatte ihr Steeger Projekt ordnungsgemäß bei der zuständigen Behörde, der Bezirkshauptmannschaft Gmunden, zur Genehmigung eingereicht. Lokalausweis und Kommissionierung der geplanten, unmittelbar neben dem Steeger Aluminiumwerk vorgesehenen Anlage sollten am Vormittag des 13. September 1921 erfolgen. In der Bevölkerung war jedoch bereits in der Zeit davor eine starke Stimmung gegen die Errichtung dieser neuen Fabrik entstanden¹¹, nicht zuletzt infolge verschiedener Zeitungsartikel, in denen vor den Gefahren des chemischen Betriebes gewarnt worden war.

In seiner Sitzung am 30. Juli 1921 hatte sich der Gemeindeausschuß von Goisern mit dem Plan der Errichtung einer chemischen Fabrik in Steeg befaßt, wobei schwerwiegende, hauptsächlich gesundheitlich-umweltschützerische Bedenken vorgebracht worden waren. Als Befürworter des Projektes galt damals nur die Steeger Arbeiterschaft, wozu das Versprechen der bauwerbenden Firma beigetragen haben dürfte, Baugenossenschaften für Arbeiterwohnungen zu gründen. Nach eingehender Diskussion beschloß der Gemeindeausschuß, eine Entscheidung erst zu treffen, nachdem eine Delegation der Gemeinde eine ähnliche Chlorfabrik in Brückl (Bezirk St. Veit an der Glan, Kärnten) besichtigt habe¹².

Der Goiserer Abordnung gehörten an: Bürgermeister Ignaz Peer, Gemeinderat Josef Unterberger, Landtagsabgeordneter Josef Putz, Apotheker Magister Vinzenz Schreiber und — auf Vorschlag des Bürgermeisters — der Steeger Betriebsrat Heinrich Mager. Sie legten dem Gemeindeausschuß von Goisern in seiner Sitzung am 13. August 1921 folgenden schriftlichen Bericht vor: »Die Fabrik liegt ca. drei Kilometer außerhalb des Ortes Brückl und macht sich schon in Brückl durch den Chlorgeruch bemerkbar. Außerhalb des Ortes Brückl, in der Richtung gegen die Fabrik, und ca. einen Kilometer vor derselben bemerkt man selbst an jungen Obstbäumen sehr viel Spitzendürre und auch zur Hälfte dürre Bäume, was offenbar der schädlichen Einwirkung des Chlorgases zuzuschreiben ist, dessen widerlicher Geruch in dieser Entfernung von der Fabrik schon ziemlich stark ist. Auch wird durch die Verarbeitung des zur Erzeugung des Chlorkalkes erforderlichen Kalkes sehr viel Staub entwickelt. Auf dem Wege zur Fabrik befragten wir verschiedene dort in der Gegend ansässige Leute über die Wirkung der Chlorfabrikation bezüglich der Gesundheit und der Fluren und äußerten sich diese Leute über die Wirkungen der Chlorfabrikation sehr abfällig. Daß die Leute die Wahrheit sagten, bestätigte uns das Aussehen der Obstbäume. Bei der Besichtigung der Fabrik wurden wir durch den dortigen Fabriksdirektor Herrn Ing. Hans Dobringer sehr bereitwillig und

11 Vgl. dazu die knappe Beschreibung der Vorgänge bei Franz Laimer, Ortsgeschichte von Goisern 3 (maschinenschriftl. Ms., Goisern 1954, in der Bibliothek des OÖ. Landesarchivs) 18.

12 Salzkammergut-Zeitung Nr. 35 vom 28. August 1921, S. 10.

ausführlich über die Chlorfabrikation sowie über deren Wirkungen unterrichtet. Fabrikdirektor Dobringer erklärte uns die Chlorfabrikation als gesundheits- und flurenschädlich und machte insbesondere darauf aufmerksam, daß die Errichtung sowie der Betrieb einer Chlorfabrik viel schwerer sei, als bei irgendeiner anderen Fabrikation dies der Fall ist, weil die Fehler an der Leitung des Chlorgases gewöhnlich schwer zu finden sind und schon durch eine sehr kleine Öffnung an der Leitung so viel Chlorgas entweichen kann, daß die Fabrikation eingestellt werden muß, weil die Giftigkeit dieses Gases auf die Atmungsorgane es den Arbeitern unmöglich macht, in einer solch vergifteten Luft weiter zu arbeiten. Beim Austritt des Chlorgases kommt es öfter vor, daß der Betrieb zwei bis drei Tage eingestellt werden muß und können Reparaturen dann nur von hiezu besonders qualifizierten Leuten und bei Versicherung mittels Gasmasken vorgenommen werden. Tritt das Chlorgas in die Fluren, so werden dieselben vernichtet. Im Jahre 1912 mußte die Unternehmung 20.000 K(ronen) Flurschäden bezahlen. Gegenwärtig erzeugt die Fabrik täglich vier- bis fünftausend Kilogramm Chlorgas, könnte aber bei Vollbetrieb 12.000 Kilogramm täglich erzeugen. Das zur Fabrikation nötige Salz bezieht die Fabrik aus Deutschland, weil dieses Salz infolge seiner Reinheit viel geeigneter ist als das österreichische Salz und auch viel billiger ist als das letztere. Der Betriebsrat in dieser Fabrik, Josef Watzko, bestätigte uns die Äußerungen des Fabrikdirektors Dobringer bezüglich der Schädlichkeit des Chlorgases und machte insbesondere darauf aufmerksam, daß trotz der besten Ventilationsvorrichtungen sich öfters in der Fabrik so viel Chlorgas ansammelt, daß das Arbeiten unmöglich wird; kränkliche Arbeiter sind überhaupt nicht imstande, in der Chlorfabrik zu arbeiten und kommt es öfter vor, daß Arbeiter schon oft nach zwei bis drei Tagen die Arbeit wieder aufgeben müssen. Nach all den bei der Besichtigung der Fabrik gemachten Wahrnehmungen, sind sich die Gefertigten dahin einig, daß durch die Chlorfabrikation die Gesundheit der betreffenden Arbeiter, als auch die in nächster Nähe liegenden Fluren bedeutend geschädigt werden, daß das Wohnen in nächster Nähe einer solchen Fabrik sehr unangenehm ist und daß schließlich auch der Sommeraufenthalt für Fremde unmöglich würde¹³.

In der anschließenden Debatte wurde unter anderem auch darauf verwiesen, daß in unmittelbarer Folge der Errichtung der Chlorfabrik keine neuen Arbeitsplätze für die einheimische Arbeiterschaft geschaffen würden, da die gefährliche Anlage nur mit eigens geschultem Personal in Betrieb genommen werden könne. Auch der Steeger Betriebsrat Mager, der neue Arbeitsplätze grundsätzlich befürwortete, konnte der Arbeiterschaft wegen der Gesundheitsschädlichkeit der Produktion nicht empfehlen, sich für den Bau einer Chlorfabrik in Steeg einzusetzen. Am Ende lehnte der Gemeindeausschuß von Goisern das Steeger Projekt der Linzer Permanganatfabrik

13 Salzkammergut-Zeitung Nr. 36 vom 4. September 1921, S. 6 f.

einstimmig ab und beschloß, »alle geeigneten und wirksamen Mittel anzuwenden, um diese für Goisern und Umgebung drohende Gefahr abzuwenden, welche in dem Bestande einer so gesundheitsschädlichen Fabrik läge«. Weiters wurde der Beschluß gefaßt, den Direktor der Chlorfabrik in Brückl und Herrn Apotheker Mag. Schreiber einzuladen, als Sachverständige der Gemeinde Goisern an der Kommissionierung der geplanten Fabrik in Steeg teilzunehmen.

In der Salzkammergut-Zeitung vom 18. September 1921 wird die Vorgesichte zusammenfassend unter dem Datum des 11. September so geschildert¹⁴: »Am 8. September abends fand im neuen Saale des Konsumvereins-Gasthauses eine vom Herrn Bürgermeister einberufene allgemeine Volksversammlung in Angelegenheit der von der Permanganatfabrik in Linz neu zu erbauenden Chlorfabrik in Steeg statt, welche von allen Bevölkerungsschichten und Parteien überaus stark besucht war und trotz der großen Erregung einen ruhigen Verlauf nahm. Bürgermeister Peer eröffnete, nachdem er zum Vorsitzenden und Apotheker Schreiber zum Schriftführer gewählt wurde, die Versammlung, schilderte den ganzen Verlauf der Verhandlungen und die großen Gefahren, welche der ganzen Gemeinde durch diese Fabrik drohen würden. Die Gemeindevertretung habe eingehende Informationen eingeholt, eine Kommission nach Kärnten zur Besichtigung einer ähnlichen Fabrik entsandt und schließlich den einhelligen Entschluß gefaßt, diesen Fabriksbau mit allen Mitteln zu verhindern. Herr Apotheker Schreiber schilderte in anschaulicher Weise die gesundheitsschädlichen Wirkungen des Chlorgases für die Arbeiter und alle Bewohner sowie Wiesen- und Baumkulturen und forderte die Versammlung auf, einmütig im Vereine mit den berufenen Faktoren die Errichtung dieser Giftfabrik zu verhindern. Herr Landtagsabgeordneter Josef Putz ergänzte die beiden Vorredner hinsichtlich der schädigenden Wirkungen und betonte als Obmann des Verschönerungsvereines, daß dadurch der sicher nicht zu unterschätzende Fremdenverkehr ungeheuer leiden und damit der Ruin unserer Gemeinde herbeigeführt würde. Schließlich gab derselbe Aufklärungen über die finanzielle Beteiligung des Landes und anderer einflußreicher Korporationen, sodaß man wohl gewaltigen Gegnern gegenüberstehe¹⁵, deren Plan unbedingt zunichte gemacht werden muß. Er dankt dem Bürgermeister und allen berufenen Faktoren für ihre korrekte Haltung und fordert alle heimatliebenden Bewohner zur Einigkeit auf. Sämtliche Referate wurden beifällig aufgenommen. Nachdem sich noch Vertreter der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Arbeiterschaft einmütig gegen die Erbauung aussprachen, wurde eine diesbezügliche scharfe

14 Nr. 38, S. 3 s. v. Goisern, Protestversammlung; siehe auch Nr. 37 vom 11. September 1921, S. 3.

15 Über die Beteiligungen des Landes Oberösterreich und der Oberbank an der Linzer Permanganatfabrik AG. s. Lackner — Stadler, Fabriken 414f. u. 657f. sowie Kropf, Industrie 349f.

EntschlieÙung einstimmig angenommen und die Gesamtbevölkerung aufgefordert, sich bei der am 13. September stattfindenden Kommission vollzählig einzufinden.«

Nachträglich beschrieb dieselbe Zeitung in derselben Ausgabe unter dem Datum des 14. September das Vorgeschehen etwas pointierter¹⁶: »Die Proponenten machten ihre Rechnung in diesem Falle jedoch ohne den Wirt bzw. mit der Gemeinde und den interessierten Kreisen. Nachdem das im Kriege gegen den Feind verwendete Chlorgas bekanntlich sehr giftig ist und Obst-, Wiesen- und Gartenkulturen bei unvermeidlichen Austritten und Entweichungen auf mehrere Kilometer vernichtet werden, die Luft verpestet und der Aufenthalt für Einheimische und Fremde in Frage gestellt würde, sowie der Betrieb auch für die dort beschäftigten Arbeiter sehr gesundheitsschädlich wäre, ersuchten die Gemeindevertretung und andere maßgebende Faktoren, nachdem sich dieselben genügende und einwandfreie Informationen eingeholt und sogar eine ähnliche Fabrik in Kärnten besichtigt hatten, die Proponenten, den Bau zu unterlassen und drohten im ablehnenden Falle, denselben gewaltsam zu verhindern. Wahrscheinlich glaubten aber die Bauwerber, welche bereits Maschinen bestellt und Bauvergebungen vorgenommen hatten, den Widerstand mit Hilfe der Oberbehörden und der interessierten Kreise, worunter sich auch das Land Oberösterreich, die Stadt Linz, die Oberösterreich Bank und die Firma Stern & Haffel befinden sollen, brechen oder mit Versprechungen unwirksam machen zu können. Demzufolge wurde der Widerstand in der ganzen Gemeinde immer heftiger und geradezu organisiert. Die Gemeindevertretung faÙte einhellige Beschlüsse, der Verschönerungsverein pulverte alle Fremdenverkehrs-Interessenten auf, die Landwirtschaft, Gewerbe und alle Arbeiterkreise schlossen sich an. Eine am 8. September abgehaltene große Protestversammlung, in welcher Bürgermeister Peer, Apotheker Schreiber, Abgeordneter Putz und andere die ganze Angelegenheit eingehend, sehr sachlich und ohne hetzerische Absicht schilderten, bewies schon, daß die ganze Gemeinde ohne Unterschied der Partei und des Standes eine absolut ablehnende Haltung einnehmen werden. Große Plakate, Rundschreiben und Zeitungsnotizen forderten daher die Gesamtbevölkerung auf, an der gestern vormittags anberaumten Kommission teilzunehmen.«

Der Plan zur Fabrikerrichtung hatte also bereits große Unruhe unter der Bevölkerung von Goisern ausgelöst, wobei allerdings die Menschen durch verschiedene Zeitungsartikel »ganz falsch unterrichtet worden« seien, wie der Leiter der mit den Genehmigungsverfahren beauftragten behördlichen Kommission, der Bezirkshauptmann von Gmunden Landesregierungsrat Manfred Pachta-Rayhofen, in seiner nachträglich verfaÙten, subjektiv gefärbten Protokollanzeige vor dem Bezirksgericht Bad Ischl meinte, die hauptsächlich die Grundlage für die folgende Darstellung der emotionsrei-

16 Nr. 38, S. 5 unter der Überschrift »Die abgelehnte Chlorfabrik in Goisern«.

chen Ereignisse bildet¹⁷. Wie auch immer der Informationsstand weiterer Kreise der Bevölkerung war, an dem für die Kommissionierung vorgesehenen Tag ging die allgemeine Ablehnung des Bauprojektes in der Gemeinde Goisern bereits so weit, daß die Kommission offensichtlich selbst nicht mehr mit einer Genehmigung rechnete. Außerdem war der Bezirkshauptmann »schon vorher vertraulich verständigt worden, daß die Absicht bestehe, die Kommission überhaupt nicht an den Zusammenkunftsort gelangen zu lassen, sondern gewaltsam an dem Verlassen des Bahnhoft-rays zu verhindern«.

Als daher die Mitglieder der Kommission¹⁸ am 13. September mit der Eisenbahn im Bahnhof Steeg eintrafen, wurden sie »von schätzungsweise 800 bis 1000 Personen¹⁹ größtenteils männlichen Geschlechtes ... in sichtlich aufgeregter Stimmung« empfangen. Die Menge trug verschiedene Tafeln mit Aufschriften wie z. B. »Nieder mit der Gifthütte« oder »Wir schützen uns vor Sodom und Gomorrha«²⁰. Noch beim Aussteigen überreichte der Bürgermeister von Goisern Ignaz Peer dem Bezirkshauptmann eine Protestresolution der Bevölkerung²¹. Letzterer hielt daraufhin auf den Geleisen stehend eine Ansprache an die Protestversammlung, in der er darauf hinwies, daß jeder Projektwerber das Recht auf eine Kommissionierung seines Projektes und die Behörde die Pflicht zur Abhaltung einer Lokalverhandlung habe, die die Grundlage für die Genehmigung oder die Ablehnung des Projektes darstelle. Darüber hinaus versicherte er den Anwesenden, daß er »selbst im Falle eines anstandslosen Ergebnisses der Lokalverhandlung unter keinen Umständen« eine Genehmigung erteilen werde, »unter allen Umständen über das Ergebnis bzw. die Sachverständigengutachten noch ein Fakultätsgutachten einholen, die Entscheidung also unter allen Umständen nur auf Grund eines einwandfrei festgestellten Tatbestandes treffen, mit Rücksicht auf die allgemeine Stimmung gegen das Unternehmen aller Wahrscheinlichkeit aber ohnehin mit der Nichtgenehmigung

17 Abschrift der Protokollanzeige beim Bezirksgericht Bad Ischl am 13. September 1921 um 5 Uhr; wie alle anderen hier ausgewerteten Akten enthalten im Bestand OÖ. Landesarchiv, Statthaltereipräsidium Sch. 114 unter der Zahl 4220/4651 Präs 1921 — 6. B. Zum Geschehen in Steeg vgl. auch die kurze Sachverhaltsdarstellung in der Salzkammergut-Zeitung vom 6. November 1921, Nr. 45, S. 7 unter der Überschrift »Gerichtshalle: Der Aufstand von Goisern« zum 25. Oktober.

18 »Dieselbe bestand aus dem Kommissionsleiter Landesregierungsrat Bezirkshauptmann Pachta und allen bei solchen Verhandlungen nötigen Fachreferenten und Vertretern der interessierten Staatsämter sowie den technischen Sachverständigen der Gemeinde«, Salzkammergut-Zeitung Nr. 38, S. 5.

19 Laut Bericht der Salzkammergut-Zeitung Nr. 38, S. 5 waren »ungefähr 1500 bis 2000 Personen, also ein Drittel der Gesamtbevölkerung von Goisern«, anwesend, die bereits um 7 Uhr zum Bahnhof gezogen waren. Dieselbe Zeitung Nr. 45, S. 7 vom 6. November 1921 gibt »ca. 1000 Menschen« an.

20 »Nieder mit der Gifffabrik!« und »Wir wollen kein Sodom und Gomorrha!« laut Salzkammergut-Zeitung Nr. 38, S. 5.

21 Nach dem Bericht der Salzkammergut-Zeitung Nr. 38, S. 5 ersuchte er auch »angesichts der bedenklichen Stimmung um Sistierung der Kommission bzw. des Projektes«.

der Fabrik vorgehen würde.« Die Kommission müsse sich aber unbedingt an Ort und Stelle ein Bild machen, um über die befürchteten Gefahren für die Umgebung bzw. für die Gesundheit der Bevölkerung urteilen zu können. Weiters erklärte er ausdrücklich, zum Lokalaugenschein »alle Anwesenden zulassen zu wollen«.

Während die Menge auf diese Worte hin beruhigt schien, stürzte sich plötzlich, als die Kommissionsmitglieder dem Bahnhofsausgang zustrebten, der Goiserer Gemüsehändler Matthias Reindl auf den Bezirkshauptmann, schüttelte ihn an den Rockaufschlägen und rief »Haderlumpen verfluchte, ihr kommts uns nicht zur Fabrik, die Kommission darf unter keinen Umständen stattfinden« oder ähnliches. Als Reindl, der laut Aussage des Bezirkshauptmannes »sichtlich leicht angetrunken war«, diesen tätlich angreifen wollte, wurde er von anderen Protestierenden abgedrängt. Am Bahnhofsvorplatz wurde der Bezirkshauptmann neuerlich von einer von Reindl angeführten kleineren Menschenmenge umringt, die schrie, »die Kommission werde unter keinen Umständen stattfinden, sondern mit Gewalt verhindert werden«, wenn sie »überhaupt auf den Bauplatz gelangen« würde, »werde es ,krachen'«.

Von der aufgebrachtten Protestgruppe bedrängt, versuchte der Bezirkshauptmann, sich in dieser emotionsgeladenen Atmosphäre Gehör zu verschaffen und schlug vor, ihn »allein und ohne Akten gutwillig auf den Bauplatz (zu) lassen, damit (er) mit den Projektswerber(n) wegen eventueller Zurückziehung des Projektes verhandeln könnte«. Da nach seiner Ansicht die Mehrheit der Anwesenden für die rechtmäßige Abwicklung der Kommissionierung war, empfahl er darüber eine Abstimmung, was von der Menge ebenso »mit Hohngelächter« und Geschrei quittiert wurde, wie sein Vorschlag, ihn wenigstens in das Bahnhofsgebäude zu lassen, damit er sich von einem Fenster aus den Leuten besser verständlich machen könne. Von dort richtete auch Bürgermeister Peer einen erfolglosen Appell an die Manifestanten, indem er darauf hinwies, daß der Bezirkshauptmann Pachta-Rayhofen nur seine Pflicht erfülle »und man die Abhaltung der Kommission umso mehr zulassen solle, als die Nichtgenehmigung ja auch nur auf Grund deren Ergebnisses erfolgen könne«. Dagegen forderte die Gruppe, die den Bezirkshauptmann bedrängte, von diesem eine rechtsverbindliche Unterschrift, »daß (er) die Fabrik unter keinen Umständen genehmigen« werde, anderenfalls man ihn nicht aus der Umringung freilassen werde.

Das weitere Geschehen schilderte der Bezirkshauptmann, der das Begehren als ungesetzlich ablehnte, in seiner nachträglichen Protokollanzeige so: »Auf das hin benützte ich eine etwa seichtere Stelle der mich umgebenden lebenden Wand, um mich durchzuschlagen, was mir auch unter Anwendung meiner ganzen Kräfte und mit rücksichtslosem Gebrauch meiner Ellbogen schließlich gelang, allerdings nicht ohne daß mich einer der Demonstrationsteilnehmer am Hemdkragen und andere am Rock zurückzu-

reißen versuchten, wobei ich einen wertvollen Saphir aus meinem Verlobungsring einbüßte.

Als ich glücklich wieder das Freie gewonnen hatte und von dem Bahnhofplatz auf den freien Platz vor dem Perron glücklich gelandet war, bezeichnete ich sehr laut und vernehmlich das gesamte gewaltsame Vorgehen gegen die amtliche Kommission als eine unerhörte Schweinerei, als einen Terrorakt der größten Form und als ein Schandmal für Goisern sowie als eine Ironie auf das Vorgehen des Volkes einer freien Republik. Darauf wurde ich sofort wieder von den Radaumachern, welche mir nachgeeilt waren, umringt, einige Individuen brüllten mir mit geschwungenen Fäusten zu, ich hätte die Versammelten als Horde bezeichnet und wurde von mir verlangt, daß ich diesen Ausdruck zurücknehmen sollte, was ich mit dem Bemerken rundweg ablehnte, daß ich diesen Ausdruck nicht gebraucht«.

Der Bezirkshauptmann gewann seine Bewegungsfreiheit erst wieder, als er drohte, jeden, der ihn am Auf- und Abgehen auf dem Geleise hindere, wegen Aufstandes gerichtlich zu belangen. Die Demonstranten begleiteten ihn aber dabei ständig mit ihren Protesttafeln, und auch der schon genannte Wortführer Matthias Reindl folgte ihm schimpfend. Diese Konfrontation dauerte an, bis Bürgermeister Peer mit jenem Teil der Demonstranten zurückkehrte, die sich mittlerweile zu dem vorgesehenen Bauplatz begeben hatten, um die dort wartenden Sachverständigen und die Direktoren der Linzer Permanganatfabrik zum Zurückziehen ihres Projektes zu zwingen. Sie brachten eine schriftliche, von allen drei Direktoren der Linzer Fabrik »unter Bedrohungen am Leben« unterzeichnete Erklärung mit, daß man das vorliegende Projekt zurückziehe und den Plan, in der Gemeinde Goisern eine chemische Fabrik zu errichten, endgültig aufgeben. Daraufhin verlas der Bezirkshauptmann ihren Wortlaut der Protestversammlung und schloß die — verhinderte — Kommissionierung mit dem Bemerken, »daß auf Grund dieser Erklärung ein Anlaß zu deren Abhaltung nicht mehr bestehe«. Dann konnte er zwar den Bahnhof verlassen, wurde dabei aber mit Schimpfworten und Schmähungen bedacht.

Diese subjektive Schilderung des Bezirkshauptmannes wird durch den nachträglichen Bericht in der *Salzkammergut-Zeitung* vom 18. September in einigen Details ergänzt²²: »Trotzdem sich der Herr Bürgermeister, der Herr Kommissionsleiter und andere Funktionäre vergeblich bemühten, die höchst aufgeregte Menge bzw. deren radikalen Teil zu beschwichtigen, war es nicht möglich, über den Bahnhof hinauszukommen. Als alle Versicherungen fruchtlos blieben, wollte der Kommissionsleiter mit den Projektwerbern unterhandeln, welche auf der Baustelle warteten. Die Herren Land-

22 Nr. 38, S. 5.

tagsabgeordneten Putz und Ferdin²³ sowie mehrere Teilnehmer begaben sich dorthin und forderten die anwesenden Vertreter der Permanganatfabrik auf, sofort zum Bahnhof zu kommen. Als die Herren bereits am Wege dorthin waren, kam eine zweite Deputation mit dem Bürgermeister und dem Auftrage des Kommissionsleiters, die Bauwerber möchten ihr Projekt zurückziehen, weil Ausschreitungen sowohl heute bei der Kommission, als auch in Zukunft am Bauplatz unvermeidlich wären.

Nach längeren Verhandlungen und Entschuldigungen verfaßten sodann die bauwerbenden Vertreter angesichts einer großen Zahl Zuschauer bei der Aluminiumfabrik unter freiem Himmel ein Schriftstück, in dem zugestanden wurde, daß das Projekt aus dem ganzen Gemeindegebiet Goisern für immer zurückgezogen wird. Das Schriftstück wurde hierauf am Bahnhof dem Kommissionsleiter übergeben, von demselben verlesen und die Kommission unter großem Beifall geschlossen. Ein Großteil der Demonstranten begab sich noch zum Kraftwerk der Firma Stern & Hafferl und veranstaltete dort eine Demonstration, und zwar deshalb, weil in der letzten Zeit wiederholt in Goisern Lichtstörungen vorkamen. Nachdem Herr Betriebsleiter Ing. Huber die Leute aufklärte und alles zu tun versprach, was in seiner Macht liege, entfernte sich alles ruhig«.

Das Geschehen in Steeg am Vormittag des 13. September blieb nicht ohne Folgen. Am späten Nachmittag desselben Tages erstattete nämlich Bezirkshauptmann Pachta-Rayhofen im Bezirksgericht Bad Ischl gegen Matthias Reindl, der das Pech hatte, ihm persönlich bekannt zu sein²⁴, und Genossen »Strafanzeige wegen Verbrechens des Aufstandes bzw. der öffentlichen Gewalttätigkeit«, und auch der Gendarmerieposten Goisern brachte die Vorfälle zur Anzeige, nachdem alle Personen, die sich am Bezirkshauptmann vergriffen hatten, ausgeforscht worden waren. Auf Grund dieser Erhebungen und der ihr gemachten Meldungen führte die oberösterreichische Landesregierung in Linz »die tumultuösen Vorgänge in Goisern in erster Linie auf das hetzerische Treiben des Matthias Reindl zurück ..., der nicht nur vor der Kommission die Leidenschaft der Bevölkerung« aufgepeitscht, »sondern auch die Durchführung der Kommission selbst durch seine Hetzreden und Gewalttätigkeiten« verhindert habe. Die Landesregierung erachtete es daher als »geboten, sofort mit aller Strenge gegen diesen Rädelsführer einzuschreiten«, »um das durch den bedauerlichen Vorfall

23 Josef Putz und Josef Ferdin, beide aus Goisern, s. über sie Harry Slapnicka, Oberösterreich — Die politische Führungsschicht 1918 bis 1938 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 3, Linz 1976) 80 u. 216.

24 Salzkammergut-Zeitung Nr. 45, S. 7: »Reindl war dem Bezirkshauptmann persönlich bekannt und konnte nachträglich die Schuld nicht mehr auf andere abwälzen, wie es bei solchen Massenansammlungen stets geschieht. Der Mann wäre vielleicht vorsichtiger gewesen, wenn er gewußt hätte, er werde erkannt«.

erschütterte Gefühl der Rechtssicherheit und das Ansehen der Staatsgewalt wiederherzustellen«²⁵.

Matthias Reindl wurde in der Nacht vom 14. auf den 15. September »während einer ‚Siegesfeier‘« in Goisern verhaftet und »wegen Kollusionsgefahr« in das Bezirksgericht Bad Ischl eingeliefert. Daraufhin fand am 18. September in Goisern eine Protestversammlung von rund 500 Arbeitern statt, die eine dreiköpfige Abordnung wählte, die am 19. September dem Bezirkshauptmann in Gmunden die Bitte vortrug, sich für Reindls Enthaltung und für eine schnelle Durchführung des Strafverfahrens einzusetzen. Ersteres wurde abgelehnt, letzteres erfüllt. Reindl selbst war inzwischen, »um allen Eventualitäten vorzubeugen«, in das Kreisgericht Wels überstellt worden.

Die Direktion der Linzer Permanganatfabrik hatte mittlerweile über die Ereignisse in Steeg am 13. September 1921 den Hauptverband der Industrie Deutschösterreichs in Wien informiert, der am 26. September diesbezüglich beim Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten protestierte²⁶. Der Sachverhaltsdarstellung des Industriellenverbandes ist zu entnehmen, daß die Demonstration in Steeg »— ehe noch das in Aussicht genommene Fabrikationssystem bekannt und das Urteil der Sachverständigen abgegeben war —« damit motiviert war, »daß die projektierte Anlage durch die mit der Fabrikation verbundenen Chlorgase die Interessen der Gemeinde Goisern aufs ärgste gefährde«. Die Interessenvertretung der österreichischen Industrie betonte die grundsätzliche und staatspolitische Problematik einer solchen durch gesetzwidriges Verhalten erzwungenen und daher ungültigen Entscheidung und forderte von der Staatsgewalt Maßnahmen, die eine Wiederholung ähnlicher Vorfälle in Steeg oder anderswo verhindern:

»Dieser Vorfall ist an sich bedauerlich, aber überdies für die ganze österreichische Industrie von prinzipieller Bedeutung. Es kann der Industrie nicht gleichgültig sein, wenn die Durchführung einer verwaltungsrechtlichen Handlung einfach durch die Gewalttätigkeit der Bevölkerung gestört wird und es ist ein gefährliches Präjudiz, wenn anstelle der gesetzmäßigen Durchführung einer verwaltungsrechtlichen Handlung einfach Gewalt und Willkür tritt. Die Industrie ist oft genötigt, bauliche Anlagen oder Erweiterungen durchzuführen, deren Bewilligung von der Abhaltung einer Kommission abhängig ist, bei welcher übrigens die Interessenten stets ihren Standpunkt vertreten und, wenn derselbe rechtlich begründet ist, zur Geltung bringen können. Wenn in einem Lande aber an Stelle der Gesetzmäßigkeit die rohe Gewalt und Willkür einzelner Bevölkerungskreise herrscht,

25 Abschließender Bericht des Präsidiums der öö. Landesregierung an das Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 1. März 1922; die folgende Schilderung danach sowie aufgrund des Berichtes des Bezirkshauptmannes Pachta-Rayhofen an das Präsidium von 20. September 1921.

26 Liegt in Abschrift dem Präsidialakt bei.

ist an eine ruhige Fortentwicklung der Industrie nicht zu denken, abgesehen davon, daß das ausländische Kapital unter solchen Umständen abgeschreckt werden muß, sich an österreichischen Unternehmungen zu beteiligen. Es muß zunächst erwogen werden, ob die Bedenken der Bevölkerung gegen die Errichtung der in Rede stehenden Fabrik gerechtfertigt waren oder nicht. War das erstere der Fall, so wären gewiß gelegentlich der kommissionellen Verhandlungen die Bedenken der Bevölkerung voll gewürdigt worden, zumal unsere gesetzlichen Bestimmungen die umfassende Möglichkeit bieten, solchen Rechnungen zu tragen. Es handelt sich der Industrie gar nicht darum, in diesem Falle den Bau der Fabrik zu ermöglichen, sondern nur durchzusetzen, daß hierüber auf gesetzlichem Wege entschieden werde.

Die Industrie erwartet daher, daß die staatliche Autorität in diesem Falle wieder hergestellt und die Möglichkeit geboten werde, über ein etwaiges neuerliches Ansuchen der Projektanten eine Kommission ungestört abhalten zu können, denn die unter dem Zwange abgegebene Erklärung der Projektanten, auf den Bau der Fabrik zu verzichten, ist selbstverständlich rechtlich vollkommen ungültig und bedeutungslos. Sollten aber die Projektanten darauf verzichten, daß das neue Unternehmen in Steeg gebaut wird und eventuell ein anderer Ort hiefür in Aussicht genommen werden, so erwartet die österreichische Industrie, daß die staatliche Verwaltung dafür Sorge trägt, daß bei einer Kommissionierung in einem anderen Orte sich nicht ähnliche Vorfälle wie in Steeg ereignen und stellt daher an das hohe Bundesministerium das Ansuchen, dieser Angelegenheit besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und geeignete Vorkehrungen zu treffen, damit etwa eine kommissionelle Verhandlung in Steeg oder in einem anderen Orte, über Ansuchen der Linzer Permanganatfabrik wegen Errichtung einer Alkali- oder Chlorfabrik in vollkommener Ruhe abgehalten und jede gewaltige Verhinderung derselben durch irgend welche Bevölkerungsgruppen verhindert wird.

Die Sicherung einer solchen kommissionellen Verhandlung erscheint nicht nur im Interesse der Projektanten sondern der gesamten österreichischen Industrie gelegen.«

Das Handelsministerium leitete diese Eingabe des Industriellenverbandes an das Bundesministerium für Inneres und Unterricht weiter, das sie am 8. Oktober 1921 dem Präsidium der oberösterreichischen Landesregierung »mit der Einladung übermittelt(e), über den Sachverhalt sowie über die im Gegenstande getroffenen Verfügungen tunlichst umgehend zu berichten«. Am 15. Oktober brachte das Handelsministerium den Wortlaut der Eingabe dem Landeshauptmann von Oberösterreich Johann Nepomuk Hauser zur Kenntnis mit folgendem Bemerkung: »Das Bundesministerium nimmt an, daß bereits geeignete Verfügungen getroffen wurden, um eine Wiederholung der in der Eingabe geschilderten, das Ansehen der Behörden und die Rechtssicherheit untergrabenden Vorgänge zu vermeiden. Um eheste Bekanntgabe dieser Verfügungen sowie eine authentische Schilderung des

Sachverhaltes bei der fraglichen Kommission wird ersucht«. »Über Betreiben des Bundeskanzleramtes« mußte allerdings dieses Ersuchen am 28. Oktober nochmals in Linz urgirt werden.

Währenddessen war dem als Rädelsführer der Steeger Demonstration angeklagten Matthias Reindl am 25. Oktober 1921 vor dem Kreisgericht Wels der Prozeß gemacht worden. Reindl wurde des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit nach § 81 St.G. und der Übertretung der Beleidigung öffentlicher Beamter nach § 312 St.G. schuldig erkannt und zu vier Monaten schweren Kerkers, verschärft durch ein hartes Lager monatlich, sowie zum Ersatz der Kosten des Verfahrens und des Strafvollzuges verurteilt. »Bei der Strafbemessung kam als erschwerend in Betracht das Zusammentreffen eines Verbrechens mit einer Übertretung, die Vorstrafen des Angeklagten insbesondere nach §§ 312, 411 St.G., die Wiederholung der Drohungen wie der Beschimpfungen und die besondere Gefährlichkeit seines Verhaltens in der konkreten Situation, die scharf an Aufstand nach § 8 St.G. grenzte, und wobei dieses Verhalten leicht die Volksmenge zu weiteren Gewalttätigkeiten hätte hinreißen können, als mildernd dagegen sein teilweises Geständnis²⁷, der glaublich angeheiterte Zustand zur Zeit der Tat und die anscheinende Aufreizung durch einen bestimmten Teil der Mitdemonstranten²⁸«.

In dem abschließenden Bericht des Präsidiums der oberösterreichischen Landesregierung vom 1. März 1922 wurde aus diesem Urteilspruch folgendes Resümee gezogen: »Dieses rasche und energische Eingreifen der Staatsgewalt hat in weiten Kreisen sehr ernüchternd gewirkt und kann mit aller Bestimmtheit die Versicherung gegeben werden, daß bei einer eventuellen neuerlichen Kommissionierung der Alkalifabrik, sei es in Goisern oder an einem anderen Orte, weitere Exzesse nicht mehr zu befürchten wären ...«. Der Bezirkshauptmann von Gmunden war jedoch bereits am 11. November 1921 von dem als Direktor der in Steeg geplanten Fabrik vorgesehenen Ing. Anton Harrer informiert worden, »daß nunmehr die Vorerhebungen wegen Errichtung der gegenständlichen Fabrik im Gemeindegebiete von Ebensee — wo selbst sich nach meinen (= des Bezirkshauptmannes) im kurzen Wege eingeholten Informationen keine nennenswerten Widerstände ergeben dürften — eingeleitet werden sollen und die Projektanten nicht im Entferntesten daran denken, noch einen Versuch zu machen, dieses Projekt in Steeg oder sonst im Gemeindegebiete von Goisern zur Durchführung zu bringen²⁹«. In dem schon mehrfach angeführten Präsidialbericht vom 1. März 1922

27 Wie es nach einer anfänglich anderen Verantwortung zustandekam, schildert die Salzkammergut-Zeitung vom 6. November 1921, Nr. 45, S. 7.

28 Eine Abschrift des Urteils liegt dem Präsidialakt bei. Vgl. dazu auch den Bericht der Salzkammergut-Zeitung vom 6. November 1921, Nr. 45, S. 7 unter der Überschrift »Gerichtshalle: Der Aufstand von Goisern«.

29 Bericht des Bezirkshauptmannes an das Präsidium der öö. Landesregierung vom 12. November 1921.

heißt es darüber hinaus, Verhandlungen hätten das Ergebnis gebracht, »daß die Bevölkerung (von Ebensee) sich gegen einen eventuellen Neubau nicht nur nicht ablehnend verhielt, sondern einen solchen direkt begrüßte. Dem Vernehmen nach haben sich jedoch die Projektanten entschlossen, den Neubau auf den Gründen des Kriegsgefangenenlagers in Marchtrenk zu errichten«. Auch an diesem Ort ist das Vorhaben der Linzer Permanganatfabrik allerdings nicht realisiert worden³⁰.

Der Vollständigkeit halber sei schließlich noch erwähnt, daß das Innenministerium dem Ersuchen des Bezirkshauptmannes Pachta-Rayhofen um Schadenersatz für den bei den Tumulten in Steeg am 13. September 1921 verlorengegangenen — nach Aussage des Verlustträgers³¹ — »wertvollen, cabochon geschliffenen und von einem hiesigen Juwelier mit 3000 bis 4000 Kronen bewerteten« Saphir mit der Bewilligung von 4000 Kronen stattgegeben hat. Kurios mutet dagegen an, daß die Gemeinde Goisern denselben Bezirkshauptmann im Jahre 1935 »für erfolgreiche Bemühungen, Goisern als Heilbad und Luftkurort zu erklären«, zu ihrem Ehrenbürger ernannt hat³².

Die turbulenten Ereignisse um die geplante Errichtung einer chemischen Fabrikanlage in Steeg am Hallstättersee gemahnen in manchem an Geschehnisse in unserer gegenüber Umweltschäden und Umweltschutz hochsensibilisierten Gegenwart. Besonders bemerkenswert erscheint jedoch der Umstand, daß sich anscheinend die Gesamtheit der Bevölkerung von Goisern in einer Zeit großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten gegen die Schaffung neuer Arbeitsplätze aussprach, indem sie den Neubau einer Chemiefabrik aus Angst vor Gesundheitsschäden ablehnte, während in dieser Hinsicht die Bevölkerung des Industrieortes Ebensee — zumindest in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg — keine Bedenken gehabt zu haben scheint. Was die gesellschaftliche Schichtung der überwiegend männlichen Goiserer Demonstranten vom 13. September 1921 betrifft, bieten die vorhandenen Akten leider keine ganz genauen Angaben. Nach dem Zeitungsbericht war aber bereits die Protestversammlung in Goisern am 8. September »von allen Bevölkerungsschichten und Parteien überaus stark besucht«, wobei insbesondere die gesamte Gemeindevertretung sowie Vertreter der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Arbeiterschaft als einmütige Gegner des Fabriksbaues angeführt werden. Und am Ende hatte schließlich die Versammlung in einer einstimmigen Entschließung die gesamte Bevölkerung von Goisern aufgefordert, »sich bei der am 13. September stattfindenden Kommission vollzählig einzufinden«. Auffällig ist allerdings, daß als Teil-

30 Schulte und seine Schüler, S. XIII.

31 Eingabe an das Präsidium der öö. Landesregierung vom 24. September 1921.

32 Heimat Goisern, Bad Goisern in Vergangenheit und Gegenwart. Schriftleitung: Otto Wutzel (Bad Goisern—Linz 1990) 135.

nehmer der wenige Tage später abgehaltenen Solidaritätskundgebungen für den inhaftierten Gemüsehändler Matthias Reindl — ihre Zahl soll sich auf ungefähr 500 belaufen haben, also etwa die Hälfte der Demonstranten von Steeg — Goiserer Arbeiter genannt werden. Die Vorgangsweise eines Teiles der Gemeindebewohner von Goisern am 13. September 1921 ist zwar auch aus heutiger Sicht nicht gutzuheißen, vor allem in Anbetracht des Standes der Technologie vor siebzig Jahren müssen wir aber die Berechtigung der Umweltsorgen der Bevölkerung voll anerkennen, zumal die Chlorchemie in unserer Gegenwart noch immer schwerwiegende Probleme aufwirft. Darauf wies jüngst die Umweltschutzorganisation Greenpeace in einer Untersuchung über die Chlor-Produktion in Österreich hin, in deren Folge der Ausstieg aus Erzeugung und Anwendung dieser giftigen chemischen Substanz innerhalb von fünf Jahren gefordert wurde³³.

33 Vgl. dazu den Bericht der Oberösterreichischen Nachrichten vom 6. August 1991, S. 11, über die Präsentation der Studie »Versuch einer Chlorbilanz«.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch des Oberösterreichischen Musealvereines](#)

Jahr/Year: 1991

Band/Volume: [136a](#)

Autor(en)/Author(s): Haider Siegfried

Artikel/Article: [Der Aufstand von Goisern am 13. September 1921. 297-312](#)